

## Das Thema DIE LINKE

# Vom gemiedenen Aschenputtel zur schmucken Braut

Landtagsfraktion der LINKEN feierte mit zahlreichen Gästen ihren 20. Geburtstag

Gemeinsam mit etwa 150 Gästen feierte DIE LINKE im Thüringer Landtag am 26. Oktober im Erfurter Dasdie-Brett ihr 20jähriges Bestehen. 1990 als „Linke Liste/PDS“ mit nur neun Abgeordneten gestartet, sitzen heute 26 LINKE Abgeordnete im Parlament. Bevor Klaus Höpcke in seiner engagierten Rede einen Rückblick auf die Arbeit der ersten Landtagsfraktion unter schwierigen Bedingungen warf, schilderte der Erfurter Kabarettist Ulf Annel unterhaltsam sein besonderes Verhältnis zur LINKEN. Die Bundesvorsitzende der Linkspartei Gesine Löttsch hob die politischen Erfolge der Thüringer Linksfraktion in den letzten 20 Jahren hervor und würdigte die „Tag- und Nacharbeit“ von Bodo Ramelow bei der Gründung der LINKEN.

Der Fraktionsvorsitzende hatte zur Begrüßung der Gäste, unter ihnen zahlreiche Vertreter aus der Landespolitik und von Landesgremien, auch an ganz besondere demokratisch-parlamentarische Auseinandersetzungen in den vergangenen beiden Jahrzehnten erinnert, die die damalige PDS-Fraktion per „freier Interpretation der Geschäftsordnung“ ausgefochten habe. Da gab es z.B. den legendären Kampf um ein Friedenstransparent am Landtagsgebäude und um ein japanisches Kirschbäumchen als Friedenssymbol, das aus dem (alten) Ple-

narsaal entfernt und als Beweismittel sichergestellt wurde. Aber auch das gehört zur Vollständigkeit der Geschichte,

Direktor des Thüringer Landtags, der übrigens in knallroten Hosen ans Mikrofonschritt, ging in seiner Festrede



dass sich Christine Lieberknecht als Landtagspräsidentin damals dafür einsetzte, dass dieses Kirschbäumchen auf dem Landtagsgelände - Kindergarten-Kinder aus Rams-la waren mit dabei - feierlich eingepflanzt wurde.

Professor Joachim Linck, ehemaliger

auch auf solche Vorgänge ein, nannte sie aber einen Missbrauch des Landtags als „parteiliche Litfasssäule“. Vor allem jedoch setzte er sich mit der „Missachtung der Chancengleichheit und der Ausgrenzung der PDS-Fraktion“ durch die damalige Parlamentsmehrheit ausein-

ander und nannte dies einen „schweren Verstoß gegen die parlamentarische Demokratie“. Erstaunlich die klaren Worte des bekennenden CDU-Mitglieds, der rückblickend auch davon sprach, dass gegenüber der PDS nicht nur die Regeln der parlamentarischen Kultur, sondern auch rechtliche Grenzen überschritten wurden, wenn beispielsweise Anträge gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurden, regelmäßig im Plenum niedergestimmt und nicht in die Ausschüsse überwiesen wurden, „nur weil sie von der PDS kamen“. Aber die Zeiten hätten sich geändert. Die Fraktion habe sich „von einem weithin gemiedenen Aschenputtel zu einer schmucken Braut entwickelt“, betonte Prof. Linck und verwies darauf, dass es jetzt sogar gemeinsame Anträge aller Landtagsfraktionen gibt.

In einer abschließenden lockeren Gesprächsrunde (s. Foto) hatte der Parlamentarische Geschäftsführer André Blechschmidt die dienstälteste Landtagsabgeordnete der Linksfraktion, Birgit Klauert, den dienstältesten Wahlkreismitarbeiter, Norbert Mros, und den „dienstjüngsten“ Fraktionsmitarbeiter, Frank Schenker, auf die Bühne geholt.

55 Abgeordnete, 59 Mitarbeiter und 63 Wahlkreismitarbeiter gehörten in den vergangenen 20 Jahren zur Landtagsfraktion.

## Bodo Ramelow: Dienstleister – zur Verantwortung der Landtagsfraktion

Frei nach Erich Kästner könnte man formulieren „Wird's besser? Wird's schlechter? Fragen wir alljährlich, seien wir ehrlich. Fraktionsarbeit ist in Bezug auf die Bewertung der Partei immer gefährlich!“

Mit leichter Ironie sollte man das Verhältnis von Partei und Fraktion in ihrer jeweils wechselseitigen Abhängigkeit betrachten. Eine Partei ist in der Bundesrepublik der politische und der organisatorische Rahmen eines freiwilligen Zusammenschlusses von Menschen, die gemeinschaftlich politische Ziele durchsetzen wollen. Sie ist im parlamentarisch-demokratischen System aber auch dazu da, Listen aufzustellen, Wahlkampf zu organisieren, die Mitgliedschaft zu mobilisieren, auch Finanzen einzuwerben, Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Mittel, die wiederum gegenüber den staatlichen Stellen zu dokumentieren und abzurechnen sind.

Fraktionen bilden sich nach den Wahlen aufgrund eines freiwilligen Zusammenschlusses derjenigen, die es über den Vorschlagsweg der Partei durch Wählervotum ins Parlament geschafft haben. Hier beginnt das Spannungsverhältnis zwischen Partei und Fraktion, denn diese bekommt eigenständige Geldmittel, die sie ausschließlich zur Fraktionsarbeit einsetzen muss, hierzu wiederum bestehen umfangreiche Rechenschafts- und Prüfpflichten. Die

Fraktion darf keine Weisungen der Partei umsetzen, sie muss als roten Faden ihrer Arbeit im Parlament aber das Wahlprogramm zugrunde legen, das die Partei erarbeitet und der Parteitag beschlossen hat. Trotzdem hat das Grundgesetz dem Parlamentarismus die Autonomie jedes einzelnen Abgeordneten als höchstes Rechtsgut zugeordnet, es sitzen nicht Beauftragte der Partei im Parlament, sondern (hoffentlich) intelligente, engagierte und politisch denkende Individuen, die ihre Aufgaben als Gesamtfraktion immer wieder neu überprüfen müssen, um sie (hoffentlich) regelmäßig mit den gewählten Vorständen ihrer Partei rückzukoppeln. Das geht nur per Einsicht, per Argument, geprägt durch die Verantwortung, gemeinsam Politik zu entwickeln und Ziele durch eigene Aktivitäten zu erreichen.

Die Wählerinnen und Wähler entscheiden sich bei Wahlkämpfen für oder gegen eine Partei. Die muss ihren Markenkern nach außen immer wieder deutlich machen; wofür sie steht, welche Alleinstellungsmerkmale sie hat, warum Wählerinnen und Wähler genau sie wählen sollen. Zum Markenkern gehört auch ein gemeinsames Erscheinungsbild von Partei und Fraktion. Hier entstehen durch innerorganisatorische Zwänge Reibungsverluste. Selbst wenn die politische Vorstellung in der Grundrichtung gleich

ist, gibt es Konkurrenzsituationen, z.B. im Verhältnis direkt gewählter Abgeordneter, also Repräsentanten des jeweiligen Wahlkreises, und denen, die über die Landesliste gewählt wurden. Wenn aber noch Funktionsträger innerhalb eines Bundeslandes unterschiedliche Interessen zu vertreten haben, verkompliziert und verschärft sich diese Situation. Die Position eines Bürgermeisters kann sehr schnell zum Streit mit der Landtagsfraktion führen - etwa wenn die Landespartei eine Funktional- und Gebietsreform beschließt, die aus 17 Landkreisen und sechs kreisfreien Städten künftig acht Regionalkreise und aus Verwaltungsgemeinschaften Einheitsgemeinden macht. Hier prallen Interessen aufeinander. Die Landtagsfraktion bringt diese Ziele in geeigneter Weise im Parlament ein, sie ist aber weder Dienstvorgesetzter kommunaler Mandatsträger noch Erfüllungsgehilfe des Landesvorstandes. Widersprüche müssen also früh thematisiert werden, die Schlüsselwörter heißen Kommunikation und Koordination. Wir dürfen uns aber nicht vor Klärung drücken und auf Formelkompromisse reduzieren, sonst werden wir langfristig durch öffentlichen Streit beschädigt. Bislang haben wir den Prozess erfolgreich durch gemeinsame Beschlusslagen aller Gremien und intensive Debatten auf Parteitagen gestaltet. Das letzte Kommu-

nalwahlprogramm war passgenau zum Regierungsprogramm der Landtagswahl geschrieben. Der Erfolg bei Wählerinnen und Wähler gab uns Recht. (...)

Thüringen ist geprägt durch die Differenz zwischen der prosperierenden „Perlenkette“ entlang der Autobahn A4 und denjenigen, die abgekoppelt wurden. Artern im Norden und Altenburg im Osten haben spezifische Sorgen, die oft in der Landeshauptstadt nicht gehört werden. Wir wollen aber eine Landesentwicklung, die sich nicht nur auf Leuchttürme wie Jena (wirtschaftlich) und Weimar (kulturell) konzentriert, sondern einen Entwicklungsprozess, bei dem Wandlungsdruck langfristig zum Vorteil wird. Wir stehen für Leitbilder wie das „Modernste Bildungsland Deutschlands“, das „Modernste Energieland“ und das „Kulturland“, bei dem die Vielfalt unseres kulturellen Erbes als Perspektive empfunden wird.

Mit diesen Themen ist die Landtagsfraktion Dienstleister für die gesamte Partei, produziert aber auch Spannungsfelder. Natürlich ist es notwendig, den Umbau der Landespartei zu betreiben, allerdings nicht über die Landtagsfraktion. Diesen Umbau muss die Partei leisten, wobei die gewählten Verantwortungsträger die Entscheidungen für Parteitage vorbereiten.

Fortsetzung Seite 10